

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?

Verbraucherpolitische Hefte

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1988) : Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?,
Verbraucherpolitische Hefte, ISSN 0179-3268, Verbraucher-Zentrale, Düsseldorf, Iss. 6, pp. 159-166

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112025>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Udo Ernst Simonis

Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?

Zusammenfassung

Je erfolgreicher die Umweltpolitik in den Industrieländern werden wird, umso mehr wird die Bedeutung der fortschreitenden Umweltkrise in den Entwicklungsländern erkannt werden. Obwohl die Welt als homogene ökologische Einheit begriffen werden kann und muß, wird sie umweltpolitisch zunehmend heterogen. In diesem Beitrag werden Ausmaß und Dynamik der Umweltkrise in den Entwicklungsländern skizziert, und es wird — exemplarisch — die Frage nach den Rückwirkungen dieser Krise auf die Industrieländer gestellt, d.h. nach gemeinsamen Problemen, den möglichen gemeinsamen Interessen und den gemeinsamen Anstrengungen zur Behandlung und Vermeidung von Umweltproblemen. Der Beitrag endet mit einem Plädoyer für eine teleskopische Problembetrachtung, für ein frühzeitiges Erkennen der zunehmenden Interdependenzen von „Ökologie und Ökonomie“, „Umwelt und Entwicklung“ im Nord-Süd-Kontext.

Gemeinsame Probleme — gemeinsame Herausforderungen

In den 70er und 80er Jahren haben die Begriffe, mit denen die wechselseitige Abhängigkeit von „Nord“ und „Süd“, von Industrieländern und Entwicklungsländern beschrieben werden soll, mehrfach gewechselt: „Nur diese eine Erde“, „Global 2000“, „Raumschiff ERDE“, der „Blaue Planet“, „Unsere gemeinsame Zukunft“. Sie alle aber wollen sagen, daß es für Nord und Süd inzwischen um mehr geht als nur um sinnvolle und gerechte Arbeitsteilung — nämlich darum, von der Absicht, lediglich um des beiderseits vermehrten Wohlstandes willen zusammenzuarbeiten, zu der Einsicht zu gelangen, zugunsten der gemeinsamen Überlebensfähigkeit auch gemeinsam zu handeln.

So sei an den zweiten Bericht der Nord-Süd-Kommission von 1983 (Brandt-Bericht) erinnert, in dem unter anderem Maßnahmen gegen die weltweite Umweltkrise als ein gemeinsames Interesse bezeichnet werden:

„Wachsender Druck auf das verfügbare Land, zunehmender Einsatz von Chemikalien, Wüstenausbreitung und Entwaldung vermindern die Produktivität des Bodens in vielen Teilen der Welt. Die Abholzung, unvorsichtiger Gebrauch von Chemikalien und Düngemitteln und die Bodenerosion zerstören das landwirtschaftliche Potential und verursachen ernste Schäden an der Umwelt... Wir unterstreichen daher den Bedarf an Mitteln, mit deren Hilfe diese Prozesse des ökologischen Verfalls gestoppt und umgekehrt werden müssen, der inzwischen das Ausmaß eines Notstandes erreicht hat“.

Auch andere Berichte aus jüngster Zeit — so zum Beispiel der erste Zehnjahresbericht des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) — zeugen von einem gestiegenen Bewußtsein über die wechselseitige Abhängigkeit von Ökonomie und Ökologie. Sie haben dazu beigetragen, zwei Seiten dieser Abhängigkeit deutlich werden zu lassen: Einer-

seits gibt es Vorteile für alle aus einer besseren internationalen Kooperation; andererseits gibt es Nachteile für alle, wenn eine bessere Kooperation nicht zustande kommt.

Der 1987 erschienene Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht) beschreibt die gemeinsamen Probleme von Nord und Süd, begreift sie als gemeinsame Herausforderung und verlangt gemeinsame Anstrengungen:

„Die Herausforderung, Wege dauerhafter Entwicklung zu finden, sollte eine erneute Suche nach multilateralen Lösungen und ein neu strukturiertes internationales Wirtschaftssystem der Zusammenarbeit anregen, ja fördern. Diese Herausforderung überschreitet die Grenzen nationaler Hoheit, begrenzter Strategien von wirtschaftlichem Gewinn und getrennter Wissenschaftsdisziplinen.“

An drei Beispielen — an drei ökonomisch-ökologischen Problembereichen — im Nord-Süd-Zusammenhang sollen diese Fragen aufgezeigt werden: **dem Artenschwund, dem Rückgang tropischer Wälder und der unzureichenden Umweltschutzgesetzgebung.**

Eine erste Einschätzung vorweg: Diese drei Beispiele finden sich vor allem in den Entwicklungsländern und werden von vielen Menschen im Norden lediglich als „ferne Probleme des Südens“ begriffen. Umgekehrt aber erkennen viele Menschen im Süden, daß nicht wenige Umweltprobleme vom Norden direkt verursacht oder indirekt vermittelt werden — **direkt** durch wirtschaftliche Interessen, **indirekt** durch Institutionen des Wissens- und Technologietransfers. Daß es sich dabei um „gemeinsame Probleme“ handeln könnte, für die gemeinsam nach tragbaren Lösungen gesucht werden muß, mag für viele in Nord und Süd noch neu sein. Dies ist jedoch die Herausforderung: Das Umweltproblem, die Ökologiefrage, muß Bestandteil des „Nord-Süd-Dialogs“ werden. Warum?

Beispiel 1: Rückgang der Artenvielfalt

Etwa 25.000 Pflanzenarten und mehr als 1.000 Tierarten sind vom Aussterben bedroht. Etwa zwei Drittel aller Arten und die Mehrzahl der gefährdeten Arten finden sich in den Entwicklungsländern. Die Tropenwälder allein beheimaten etwa 40 Prozent aller Arten.

Diese wenigen Zahlen machen bereits deutlich, welche unmittelbaren Gefahren für den quantitativen Gesamtbestand an Tier- und Pflanzenarten der Welt sich aus der anhaltenden übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern ergeben können. Ein Verlust an Arten in der genannten Größenordnung in Entwicklungsländern hätte auch mittelbare weltweite Effekte, Effekte auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie, auf die Gesundheit und die Lebensqualität im allgemeinen.

Durch den quantitativen Verlust an vorhandenen Arten wird aber auch die **Qualität** der verbleibenden Arten beeinträchtigt. So haben beispielsweise viele wichtige Nutzpflanzen in den Industrieländern eine nur be-

schränkte genetische Basis. Der Verlust an Arten in Entwicklungsländern reduziert entsprechend die Möglichkeiten, die Nutzpflanzen in den Industrieländern zu stabilisieren bzw. deren Ertragsfähigkeit zu steigern. Viele medizinische und pharmazeutische Produkte in Industrieländern beruhen direkt oder indirekt auf der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern. So werden zum Beispiel rund 40 Prozent der verwendeten Heilmittel ganz oder teilweise aus natürlichen Produkten gewonnen, die wiederum zum großen Teil aus Entwicklungsländern stammen. Auch das Innovationspotential — und damit die ökonomische Zukunft — der Bio-Technologie ist auf genetische Reserven aus Entwicklungsländern angewiesen.

Trotz dieser offensichtlichen wechselseitigen Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie schreitet der endgültige Verlust an Arten weltweit weiter voran. In den Industrieländern hat man inzwischen das Problem erkannt. Erste Schritte zu seiner Lösung sind eingeleitet. In den Entwicklungsländern aber fehlt es nicht allein an Wissen und Know-how; es fehlt auch an ökonomisch realisierbaren Alternativen — und es fehlt vor allem an Anreizen zum Schutz der Arten. Die Entwicklungsländer haben offensichtlich zu wenig ökonomische Vorteile, die damit verbunden sein müßten, wenn die heimische Artenvielfalt durch die Industrieländer genutzt wird. Hieraus wiederum resultiert ein zu geringes Interesse der Entwicklungsländer am langfristigen Artenschutz. Ein wenig ausgeprägtes Langfristendenken und die Überlebenslogik des Alltags kommen hinzu. So fehlt ein Glied in der Kette zwischen der ökonomisch sinnvollen Nutzung und dem Schutz der naturgegebenen Rohstoffquellen. Einmal genutzt oder exportiert, ist der Wert der natürlichen Ressourcen allzu oft dahin.

Ein Fazit zum ersten Beispiel: Die ökologisch-ökonomische Abhängigkeit im Nord-Süd-Zusammenhang führt dazu, daß ein alarmierender Verlust an Arten in den Entwicklungsländern Gesundheit und Wohlstand in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern beeinträchtigen wird. Daher sollte ein gemeinsames Interesse von Nord und Süd darin liegen bzw. dazu motivieren, den Rückgang der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern rasch und wirksam zu bremsen.

Beispiel 2: Rapide Abnahme tropischer Wälder

Aus mehreren Studien ergibt sich, daß die tropischen Wälder in einem Ausmaß und einer Art und Weise genutzt, ja ausgebeutet werden, die ökologisch und ökonomisch nicht zu rechtfertigen ist. Bereits 40 Prozent aller ehemaligen tropischen Waldbestände sind verschwunden (Weltbank und World Resources Institute, Oktober 1985). Neuere Schätzungen über die laufende Abnahme der Waldbestände liegen zwischen 7,6 Millionen Hektar und 11 Millionen Hektar jährlich. Wenn man die qualitative Verschlechterung der Waldbestände einschließt, kommt man auf 20 Millionen Hektar jährlich. Demgegenüber werden zur Zeit erst etwa 10 Prozent der Flächen, die abgeholzt werden, wieder aufgeforstet. **Betriebswirtschaftlich** gesehen, sollen diese Abholzungs- und Nutzungsaktionen die Ertragslage der jeweiligen Betreiber kurzfristig verbessern. **Volkswirtschaftlich** gesehen, sollen Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und eine stabilisierte

Zahlungsbilanz erreicht werden. **Weltwirtschaftlich** gesehen, entspricht dem damit einhergehenden Süd-Nord-Transfer an Natur-Kapital ein bestimmter Nord-Süd-Transfer an Geld-Kapital, d.h. monetärem Einkommen. Wie sich jedoch dieses Einkommen endgültig verteilt, ist unbestimmt, da multinationale Konzerne und Zwischenhändler mit im Spiele sind, so daß nicht definitiv gesagt werden kann, ob und in welchem Umfang diese Art des Wirtschaftens den Entwicklungsländern wirklich zugute kommt. Definitiv aber ist der Verlust an ihren Naturbeständen.

Die Formen und Gründe des Raubbaus am Wald sind von Region zu Region und Land zu Land unterschiedlich. Weltweit betrachtet, hat man die Quote des Holzeinschlages in tropischen Wäldern, der auf Brennholz und Holzkohleproduktion einerseits und industrielle Verwendung andererseits entfällt, auf 4 : 1 geschätzt. In einigen Ländern steht jedoch der Export in die Industrieländer im Vordergrund, d.h. die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer werden für unsere Zwecke genutzt. In mehreren Ländern Asiens und Afrikas hat die Abnahme der Waldbestände zu einer Brennholzkrise geführt, die nicht durch alternative Formen der Energiebedarfsdeckung aufgefangen werden konnte.

Weitreichende ökologische Effekte können daher aus kurzfristigen ökonomischen Entscheidungen entstehen: Erosion, Überschwemmungen, verändertes Klima, Versalzen von Bewässerungssystemen und hydroelektrischen Anlagen — wodurch schließlich wiederum nicht nur die Exportfähigkeit gefährdet wird, sondern die Überlebensfähigkeit vor Ort.

Angesichts solcher Tendenzen werden lokale und nationale Praktiken der Waldnutzung zu globalen Problemen. Umso dringender erscheint es, ein traditionelles ökologisches Prinzip der Holzwirtschaft wieder zu entdecken und strikt zu beachten, nämlich: „Nicht mehr Holz einzuschlagen, als nachwächst!“

So einfach die Anwendung dieses Prinzips unter normalen ökonomischen Bedingungen erscheinen mag, so schwierig wird es, wenn die ökonomischen Grundbedürfnisse nicht erfüllt sind — zu denen Nahrung und Wohnung, Essen kochen und Warmhalten gehören. In vielen Entwicklungsländern reduziert kurzfristige Entscheidungsnot also die langfristige Entscheidungsfähigkeit.

Wird der Wald verstärkt genutzt, um den Energiebedarf durch Brennholz und Holzkohle kurzfristig zu sichern, gefährdet das langfristig das Überleben im Rahmen der lokal verfügbaren Rohstoffbasis. Die Wälder für den verstärkten Holzexport abzuholzen, um kurzfristig die Handelsbilanz zu stabilisieren, gefährdet langfristig die Exportfähigkeit des Landes in diesem Sektor.

Das Beispiel der raschen Abholzung der tropischen Wälder macht auch einen anderen Nord-Süd-Zusammenhang deutlich: Aktiver Umweltschutz bei uns zu Hause ist kein hinreichender Ansatz, Umweltprobleme im Weltmaßstab zu lösen. Nationale Umweltpolitik wie z.B. der Schutz des Waldes in den Industrieländern oder der angestrebte Stopp des Waldster-

bens hier in der Bundesrepublik allein genügen nicht; eine Umweltaußenpolitik muß hinzukommen. Den Erfolg oder Mißerfolg der Umweltpolitik allein innerhalb nationaler Grenzen messen zu wollen ist nicht sinnvoll, weil viele Umweltschädigungen nicht an der Grenze haltmachen und weil viele Umweltprobleme über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht im Inland, sondern im Ausland verursacht werden.

Ein Fazit zum zweiten Beispiel: Die Nachteile eines raschen Abbaus der tropischen Wälder sind für die Entwicklungsländer und für die Industrieländer langfristig gravierend. Obwohl sich die unmittelbaren Effekte der zurückgehenden Waldbestände in den Entwicklungsländern zeigen, sind die ökologischen und die ökonomischen Rückwirkungen für die Welt als ganzes alarmierend. Einige der Konsequenzen des „zu wenig dagegen Tuns“ und des „zu spät Handelns“ werden auch nicht wiedergutzumachen sein. Gemeinsames und rasches Handeln ist deshalb jetzt gefordert. Die Weltbank schätzt, daß 8 Milliarden Dollar (also weniger als 14 Milliarden DM) ausreichen würden, den laufenden Verlust am tropischen Waldbeständen zu stoppen. Diese Mittel müßten aufzubringen sein. Denn die Industrieländer und die Entwicklungsländer haben gemeinsame Interessen, wenn auch vielleicht unterschiedliche Gründe für eine rationalere Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Beispiel 3: Unzureichende Umweltschutzgesetzgebung

Im letzten Jahrzehnt stammte, insgesamt gesehen, fast die Hälfte aller industriellen bzw. industrienahen Investitionen in der Dritten Welt nicht aus den Entwicklungsländern selbst. Sie waren vielmehr extern vermittelt, im wesentlichen über multinationale Unternehmen. Ein großer Teil dieser ausländischen Investitionen diente der Gewinnung vorhandener natürlicher Ressourcen (wie Brennstoffe, Mineralien, Holz, Fisch usw.), die wiederum zum Großteil in den Industrieländern verbraucht wurden. Zudem siedelten sich bestimmte verarbeitende Industrien in verstärktem Maße in Entwicklungsländern an. Diese Tendenz der Standortverlagerung war besonders ausgeprägt bei einigen traditionellen industriellen Großverschmutzern wie Stahl-, Aluminium-, Asbest- und Chemie-Industrie. Trotzdem ist die Frage strittig, ob die Unterschiede in den Umweltstandards und den sonstigen Umweltschutzbestimmungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern der entscheidende Faktor bei solchen Standortentscheidungen sind, weil andere Faktoren mit hineinspielen wie verfügbare Rohstoffe, Größe des Binnenmarktes, Lohn-, Energie- und Transportkosten. Es ist aber auffallend, daß die Entwicklungsländer dem industriellen Umweltschutz bisher – von Ausnahmen abgesehen – keine hohe Priorität beigemessen haben, wenn mit multinationalen Unternehmen verhandelt wurde. Steuern, Devisenkontrollbestimmungen, Beschäftigungsgarantien und Technologietransfer waren stets bedeutsamere Themen als Umwelt- und Menschenschutz. Die meisten der bisherigen Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und multinationalen Unternehmen enthalten entweder keine oder nur harmlose Bestimmungen zum Umweltschutz.

Nach einer Studie der UNCTAD über 21 Vereinbarungen im Bergbausektor sahen 9 Vereinbarungen überhaupt keine, 12 dagegen nur ganz allgemeine Vorkehrungen gegen Umweltschäden vor. Bisher hat es auch seitens der Entwicklungsländer keinen nennenswerten Druck auf die Industrieländer oder einzelne multinationale Unternehmen gegeben, die (tatsächlichen oder vermeintlichen) Handelsvorteile niedriger Umweltstandards zu ihren Gunsten zu nutzen.

Umso mehr besteht ein Handlungsbedarf, die Umweltstandards international anzupassen. Und zwar nicht nur im regionalen grenzüberschreitenden Bereich wie z.B. im Falle des Abgaskatalysators in Westeuropa oder im West-Ost-Zusammenhang, was die transnationale Luftverschmutzung angeht. Was den Nord-Süd-Zusammenhang angeht, so besteht für die Entwicklungsländer ein akutes oder zumindest drohendes Problem darin, wegen niedriger Umweltstandards bei der Produktion die Absatzchancen für ihre Produkte in Industrieländern zu verlieren bzw. erst gar nicht zu erhalten. Da bei einer effektiver werdenden nationalen Umweltpolitik der Industrieländer im Import von Umweltproblemen aus dem Ausland ein großes Risiko liegt — nicht nur im Re-Import des bei uns verbotenen DDT über den Import von Nahrungsmitteln — wird der Druck in Richtung einer aktiven Umweltpolitik in Entwicklungsländern auch aus diesen Gründen zunehmen. Insgesamt also: Belege genug für die wechselseitige ökologische Abhängigkeit von Nord und Süd, die über die bestehende ökonomische Verflechtung vermittelt wird.

In einem gemeinsamen Bericht von UNCTAD und UNEP über den Zusammenhang von Umwelt und Außenhandel werden u.a. folgende Vorschläge gemacht:

- Die Regierungen rohstoffreicher Entwicklungsländer sollten eine effektive Umweltgesetzgebung erlassen.
- Umweltschutzgesichtspunkte sollten in allen Vereinbarungen über den Abbau natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern stärker berücksichtigt werden.
- Ressourcenabbau und Ressourcenexporte sollten stärker besteuert werden. Aus diesem Steueraufkommen könnten die schon vorhandenen bzw. zukünftig entstehenden Umweltschäden behandelt werden.

Ein Fazit zum dritten Beispiel: Die Teilhabe an den möglichen Vorteilen des internationalen Systemzusammenhangs erfordert es, bestimmte gemeinsam zu vereinbarende Spielregeln einzuhalten.

Diese Einsicht dürfte nicht nur für ökonomische Spielregeln gelten, sondern mehr und mehr auch für solche ökologischer Art. Dies bedeutet nicht, daß die Umweltstandards und sonstigen Umweltschutzbestimmungen in Industrie- und Entwicklungsländern identisch sein müssen. Doch dürfen die Entwicklungsländer nicht auf Umweltschutz verzichten oder ihre natürlichen Ressourcen in Zukunft im selben Maße und in gleicher Weise ausbeuten lassen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war und weiterhin noch üblich ist.

Gemeinsame Herausforderungen — Gemeinsame Anstrengungen

Werden die hier auszugsweise dargestellten Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Problemen in Entwicklungs- und Industrieländern allgemein besser erkannt, dann schafft das zugleich „gemeinsame Interessen“ zwischen Nord und Süd — eine der notwendigen Voraussetzungen für eine „gemeinsame Zukunft“. Es gilt, diese Erkenntnis mehr und wirksamer als bisher zum Gegenstand der nationalen und der internationalen Diskussion zu machen und in gemeinsames Handeln umzusetzen. Die Ernsthaftigkeit und Intensität, mit der die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Ökologie diskutiert werden, dürfte dabei in besonderer Weise abhängig sein vom jeweiligen Zeithorizont des Beobachters, den teleskopischen Fähigkeiten der Beteiligten: Je weiter der Zeithorizont, umso deutlicher wird der enge Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie, von Umwelt und dauerhafter Entwicklung — umso klarer dürfte aber auch werden, daß die Trennung in Erste, Zweite und Dritte Welt aus ökologischer Sicht gänzlich verfehlt ist. Der „blaue Planet“ muß als eine ökologische Einheit begriffen werden. Ein zunehmendes ökologisches Nord-Süd-Gefälle kann sich die Menschheit nicht leisten, wenn es eine gemeinsame Zukunft geben soll.

Literatur

- 1) Council on Environmental Quality (1980). The Global 2000 Report to the President, Washington D.C.; deutsch: Global 2000 (1981). Frankfurt a.M..
- 2) Independent Commission on International Issues (Brandt-Commission): North-South. A Programme for Survival, Cambridge/Mass. (1980); deutsch: Bericht der Nord-Süd-Kommission: Das Überleben sichern, Köln (1980) (= erster Brandt-Bericht);
Common Crisis, North-South: Cooperation for World Recovery, London (1983); deutsch: Hilfe in der Weltkrise. Ein Sofortprogramm, Reinbek (1983) (= zweiter Brandt-Bericht).
- 3) MYERS, N: The Primary Source. Tropical Forest and Our Future, New York (1984).
- 4) OECD: Economic and Ecological Interdependence, Paris (1982).
- 5) SIMONIS, U.E.: Ökologische Orientierungen, Berlin (1988).
- 6) State of the Environment. A View toward the Nineties. A Report from the Conversation Foundation, Washington D.C. (1987).
- 7) UNCTAD: Trade and Development Report 1986, New York (1986).
- 8) UNEP: The World Environment 1972-1982, Dublin (1982); deutsch: Umwelt — weltweit. Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) 1972-1982, Berlin (1983).
- 9) World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission): Our Common Future, Oxford, New York (1987); deutsch: Unsere Gemeinsame Zukunft, Greven (1987) (= Brundtland-Bericht).
- 10) World Resources Institute: The Global Possible, Washington D.C. (1984).
- 11) Worldwatch Institute: State of the Environment 1987, Washington D.C. (1987); deutsch: Zur Lage der Welt — 1987. Daten für das Überleben unseres Planeten (Worldwatch Institute Report), Frankfurt a.M. (1988).

Autor

Udo Ernst Simonis; Professor an der Technischen Universität Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin; Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Umwelstiftung.